



Innen- und Rechtsausschuss
Der Vorsitzende

Kiel, 1. Februar 2024
Landeshaus
Tel. (0431) 988 1143
(0431) 988 1152
Fax (0431) 988 610 1180
Innenausschuss@landtag.ltsh.de

Kurzb e r i c h t

über die 46. Sitzung des **Innen- und Rechtsausschusses**

am Mittwoch, dem 31. Januar 2024, 14:00 Uhr
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Beginn: 14.05 Uhr

- 1. Entwurf eines Gesetzes zur Ermöglichung des Bodycam-Einsatzes nach § 184 a LVwG in Wohnungen**
Gesetzentwurf der Landesregierung
[Drucksache 20/988](#)

Der Ausschuss führt eine mündliche Anhörung durch.

- 2. Personalstruktur- und Personalmanagementbericht 2023 des Landes Schleswig-Holstein**
Bericht der Landesregierung
[Drucksache 20/1680](#)

Der Ausschuss schließt sich dem Beratungsverfahren des mitberatenden Finanzausschusses an.

- 3. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften**
Gesetzentwurf der Volksinitiative „Rettet den Bürgerentscheid“
[Drucksache 20/1792](#)

Der Antrag auf Durchführung einer mündlichen Anhörung der Vertrauenspersonen sowie der kommunalen Landesverbände wird gegen die Stimmen von SPD und FDP abgelehnt. Der Antrag auf Durchführung einer schriftlichen Anhörung wird mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW angenommen (Benennungsfrist: 13. Februar 2024).

- 4. Bericht über die Cybersicherheit unserer Infrastruktur**
Bericht der Landesregierung
[Drucksache 20/1584](#)

Der Ausschuss empfiehlt dem federführenden Wirtschafts- und Digitalisierungsausschuss die Durchführung einer schriftlichen Anhörung.

- 5. Entwurf eines Gesetzes zur Einrichtung und zum Betrieb interner Meldestellen nach dem Hinweisgeberschutzgesetz in den Kommunen**
Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
[Drucksache 20/1783](#) (neu) – 2. Fassung

Der Ausschuss beschließt die Durchführung einer schriftlichen Anhörung (Benennung bis 13. Februar 2024).

- 6. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesverfassungsgerichtsgesetzes und des Landeswahlgesetzes**
Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP und SSW
[Drucksache 20/1802](#)

Einstimmig empfiehlt der Ausschuss dem Landtag die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfs, [Drucksache 20/1802](#).

- 7. Bericht zur Erprobung des Einsatzes von Distanz-Elektroimpulsgeräten in der Landespolizei**
Bericht der Landesregierung
[Drucksache 20/1770](#)

Einstimmig nimmt der Ausschuss den Bericht, [Drucksache 20/1770](#), abschließend zur Kenntnis.

- 8. Entwurf eines Gesetzes zur Fortgeltung der Rechtsgrundlagen für den Einsatz von Distanz-Elektroimpulsgeräten im Landesverwaltungsgesetz**
Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
[Drucksache 20/1809](#)

Einstimmig beschließt der Ausschuss eine schriftliche Anhörung (Benennung bis 7. Februar 2024, Frist für Stellungnahmen: 16. Februar 2024).

Der Ausschuss kommt überein, die Vorlage zur zweiten Lesung im Februar-Plenum vorzusehen.

9. Verschiedenes

Abgeordneter Dr. Buchholz beantragt, in einer der nächsten Sitzungen mit der Landesregierung über die Entstufung eines Teils der Aktenvorlage (Entlassung Staatssekretärin Samadzade) zu beraten.

Schluss: 17:30 Uhr

gez. Dr. Sebastian Galka